

In eigener Sache: Ab sofort im Infobrief aus Brüssel auch Informationen in Leichter Sprache

„Ich hoffe, dass sich viele andere von dieser Idee anstecken lassen“

Mein wöchentlicher Infobrief wird künftig auch einen Teil in Leichter Sprache enthalten. Die erste Ausgabe des neuen Formats erhalten Sie heute.

Ich möchte, dass so viele Menschen mit Behinderung wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Leichte Sprache ist da ein relativ einfaches und schnell umsetzbares Instrument, um vor allem Menschen mit Lernschwierigkeiten die Teilhabe am öffentlichen Leben zu erleichtern. Aber auch Migrantinnen und Migranten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, profitieren von der Leichten Sprache.

Die Leichte Sprache wurde speziell für Menschen mit geistiger Behinderung entwickelt. Derzeit gibt es nur wenige Bücher und Informationsmedien in Leichter Sprache.

Deswegen möchte ich mit meinem Infobrief ein Zeichen setzen. Es gehört wirklich nicht viel dazu, ein oder zwei Informationen, die man sowieso für die Öffentlichkeit aufarbeitet, in Leichter Sprache zu verfassen. Der Schritt hin zu einer gelungenen Inklusion ist dafür umso größer. Ich hoffe, dass sich noch viele andere öffentliche Personen und Institutionen, die Mitteilungen verbreiten, von dieser Idee anstecken lassen!

Meine treuen Leserinnen und Leser wissen es bereits: Mein Infobrief erscheint jede Woche montags. Zusätzliche Informationen in Leichter Sprache werde ich ab sofort in jedem ersten Infobrief des Monats auf Seite 5 veröffentlichen. Anmeldungen zum Newsletter werden auf meiner Website (www.europaabgeordneter.eu) oder über info@europaabgeordneter.eu entgegengenommen.

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Wichtige Neuerungen seit 1. Januar

Stärkung der Landwirte gegenüber Supermärkten

Am 1. Januar trat eine Reihe von Änderungen in Kraft, durch die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) weiter vereinfacht und modernisiert wurde.

Die sogenannte Omnibus-Verordnung vereinfacht und ergänzt bestehende EU-Vorschriften für eine Vielzahl landwirtschaftlicher Themen – vom Risikomanagement bis hin zur Unterstützung für Junglandwirte. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören die Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette und einfachere Risikomanagement-Instrumente, einschließlich eines sektorspezifischen Einkommensstabilisierungsinstruments sowie verbesserte Versicherungs-

regelungen, durch die Landwirte, deren Erzeugung oder Einkommen um mindestens 20 Prozent niedriger ausfällt, einen Ausgleich in Höhe von bis zu 70 Prozent erhalten können.

Beim Greening wurden die Ausnahmeregelungen für Betriebe mit hohen Anteilen an Ackerfutter, Brache oder Dauergrünland durch Streichung der 30-Hektar-Grenze erweitert. Die Junglandwirte-Prämie kann künftig für alle Junglandwirte für die Dauer von fünf Jahren gewährt werden. Auf ökologischen Vorrangflächen können mehr Blüh-Pflanzen als bisher angebaut werden, was vor allem die Imker erfreuen und zur Auflockerung von größeren Maisfeldern beitragen wird.

Aus dem Europäischen Parlament

Vorstoß des SPD-Vorsitzenden zu einem vereinten Europa nach dem Vorbild der USA

„Schulz benimmt sich wie ein Elefant im Porzellanladen“

Die Idee des SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, bis zum Jahr 2025 die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu realisieren, unterstütze ich absolut nicht!

Schon allein, dass er seinen thematischen Vorschlag mit diesem Datum verknüpft, halte ich regelrecht für fahrlässig. Wenn Schulz von einer „Vision“ sprechen würde, etwas, das er sich für die ferne Zukunft vorstellen kann, könnte ich es ja noch verstehen! Aber so, wie die Lage derzeit in Europa aussieht, sind wir noch lange nicht reif für ein vereintes Europa nach dem Vorbild der USA. Neid, Arroganz, Egoismus und Vorurteile nehmen in der EU gerade massiv zu. Die Tendenzen, dass sich Regionen abspalten wollen, sind so hoch wie noch nie in der Geschichte der Europäischen Union. In so einer Situation kann man doch keine „Vereinigten Staaten von Europa“ übers Knie brechen! Wenn die Bür-

gerinnen und Bürger in Europa nicht das Bedürfnis nach mehr Nähe haben, können wir das von oben her auch nicht erzwingen. Eine friedliche Union kann nur von unten wachsen. Erst wenn die Leute wie in der DDR in Massen auf die Straße gehen und „Wir sind ein Volk“ rufen, sollte sich die Politik meiner Meinung nach Gedanken machen, wie wir die EU-Länder unter einer einzigen Regierung zusammenbringen können. Ja, erst dann! Ich bin wirklich enttäuscht von Schulz' kurzsichtigem Vorschlag! Noch dazu verbindet er seine Idee mit der nicht sehr feinfühligem Drohung, dass ausscheiden soll, wer nicht mitmachen will. Damit hat er unsere osteuropäischen Nachbarn ganz schön vor den Kopf gestoßen. Schulz benimmt sich wie ein Elefant im Porzellanladen. Hoffentlich findet er den Ausgang, bevor er mehr Geschirr kaputt macht als er einkaufen wollte!

Untersuchungsausschuss zu „Panama-Papers“ hat Arbeit beendet

„Auch in der EU müssen harte Nüsse geknackt werden“

Unser Untersuchungsausschuss zu den „Panama-Papers“ hat die EU-Regierungen wegen mangelnder Anstrengungen im Kampf gegen Steuervermeidung scharf kritisiert und damit den Nerv des gesamten Plenums getroffen. Denn für einige Länder ist Steuervermeidung ein regelrechtes Geschäftsmodell. Die Möglichkeiten des legalen Verschiebens von Unternehmensgewinnen zwischen verschiedenen nationalen Steuer- und Rechtsvorschriften senken die Steuerlast. Multinationale Konzerne und sehr wohlhabende Einzelpersonen profitieren besonders. Das Plenum des Europaparlaments fordert daher, dass Steuern künftig dort zu bezahlen sind, wo sie erwirtschaftet werden. Zudem soll eine schwarze Liste von Ländern erstellt werden, die bei der Bekämpfung der Steuerflucht nicht kooperieren. Einen Anfang für diese Liste haben die

zuständigen Minister der EU-Länder schon gemacht. Bis jetzt stehen da allerdings nur Drittstaaten drauf. Doch auch bei uns gibt es Länder, die sich mit ihren Steuermodellen am Rand der Legalität bewegen. Ich denke da vor allem an Malta, Luxemburg, Irland und die Niederlande. Bevor wir uns also als Richter in der Welt aufspielen, sollten wir erst einmal vor der eigenen Haustür kehren! Zudem haben wir nur in Europa wirklichen Einfluss, bei Staaten wie Panama oder den Vereinigten Arabischen Emiraten können wir uns nur laut und andauernd beklagen, bis sie hoffentlich einlenken. Aber auch in der EU müssen harte Nüsse geknackt werden, denn in Steuerfragen ist Einstimmigkeit nötig und die Mitgliedstaaten treten nur äußerst widerwillig Kompetenzen ab. Länder, die „attraktive“ Steuermodelle anbieten, können also die Reformpläne blockieren.

Neue Broschüre zum EU-Patientenrecht: Mit einer neuen Broschüre klärt das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz (EVZ) über Patientenrechte in der Europäischen Union auf. EU-Bürger haben das Recht, sich im EU-Land ihrer Wahl behandeln und sich die Kosten erstatten zu lassen. Die Broschüre „Ihre Rechte als Patient in der EU“ ist unter www.cec-zev.eu zu finden und kann auch als gedruckte Version bestellt werden.

Neue Hochgeschwindigkeitstrasse Berlin – München

„Ausbau des Erfurter Bahnhof-Quartiers muss vorangetrieben werden“

Jahrelang hat er den Bau der ICE-Trasse bekämpft. Er konnte ihn aufhalten und verteuern, verhindern konnte er ihn nicht! Nun hat er, Bodo Ramelow, die Trasse mit blumigen Worten eröffnet.

Mein Dank gilt besonders all denen, die sich unermüdlich für die Realisierung des Projektes eingesetzt haben, bei der Eröffnungsfeier aber unerwähnt blieben! Berlin – München ist ein kleiner, wenn auch aus deutscher Sicht bedeutender Lückenschluss des Transeuropäischen Verkehrsnetzes „Schiene“. Die gesamte Trasse hat vor allem eine europäische Dimension! Wir Europaabgeordneten haben sie zum Kern-Korridor im Eisenbahnverkehr Europas ausgewählt. In wenigen Jahren wird die Strecke von Nord- nach Südeuropa, von Finnland bis Sizilien ohne Lokwechsel oder den Wechsel des Zugleitsystems befahrbar sein. Hochmoderne technische Standards der EU, die ich zum Teil persönlich zu verantworten habe, bestimmen dann den Zugverkehr von morgen. Aber auch die Rechte aller Reisenden sind von hohem Niveau. Mein Beitrag war es, darauf zu

achten, dass die besonderen Anforderungen von in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen und von Menschen mit besonderem Hilfebedarf berücksichtigt wurden. So wird zum Beispiel die barrierefreie Ausstattung von Bahnsteigen und Ticketautomaten zum Mindeststandard.

Ganz selbstverständlich ist, dass die nun eröffnete Hochgeschwindigkeitstrasse über die europäische ETCS-Technologie verfügt. ETCS steht für European Train Control System. Den europäischen Umweltzielen kommen wir mit der Trasse ein ganzes Stück näher. Schließlich werden die Menschen nun anstatt mit dem Auto zu fahren oder zu fliegen, mit dem Zug zwischen München und Berlin unterwegs sein. Die 27 Tunnel mit einer Gesamtlänge von 63 Kilometern und die 37 hochmodernen, meist von einem Thüringer Ingenieurbüro entworfenen Talbrücken charakterisieren die Strecke. Ganz im Mittelpunkt steht Erfurt. Der Um- und Ausbau des Bahnhofsquartiers muss nun verstärkt vorangetrieben werden. Schließlich sollen die Menschen in Erfurt aussteigen, um die kulturellen, wirtschaftlichen und touristischen Besonderheiten von Stadt und Umgebung kennenzulernen.

Bandenmäßiger Fahrraddiebstahl: Ihre Meinung ist gefragt!

„Was halten Sie von der Idee eines Europäischen Fahrradregisters?“

Ist es Ihnen auch schon einmal passiert, dass Ihnen Ihr Fahrrad gestohlen wurde und dieses nie wieder aufgetaucht ist? Die Täter gehen oft bandenmäßig und mittlerweile sehr professionell vor: Sie bringen die geklauten Räder in andere europäische Staaten und verscherbeln sie dort. Und wie es aussieht, haben sie mit dieser Masche ziemlichen Erfolg. Selbst die regionalen Registrierungs-Aktionen, die in Deutschland teilweise von den Landespolizeien durchgeführt werden, nützen beim grenzüberschreitenden Handel

mit gestohlenen Fahrrädern wenig. In der Geschäftsstelle der CDU kam jetzt die Idee eines freiwilligen europäischen Fahrradregisters auf. Was halten Sie davon? Freiwillig registrierte Räder könnten dadurch schnell identifiziert und an ihren Besitzer zurückgegeben werden. Käufer von gebrauchten Fahrrädern würde ein europäisches Register außerdem vor Hehlerware schützen. Bitte kontaktieren Sie mich, falls Sie eine solche Initiative begrüßen, ich bin gerne bereit, mich für dieses Thema auf europäischer Ebene einzusetzen!

Abstimmungsverhalten „Phosphate im Dönerfleisch“: Die Liste mit den namentlichen Abstimmungen zum Veto-Antrag in Sachen „Phosphate im Dönerfleisch“ ist jetzt offiziell. Ich finde, die Thüringer sollten wissen, wie ihre Abgeordneten bei diesem Thema „ticken“: Jakob von Weizsäcker (SPD) und Gabriele Zimmer (LINKE) haben sich beide gegen die Zulassung von Phosphaten im Döner ausgesprochen, in anderen gleichwertigen Lebensmitteln aber nicht. Sie erreichen damit quasi ein Dönerverbot! Die Hälfte der deutschen SPD-Abgeordneten hat übrigens für die Zulassung oder gar nicht gestimmt. Einen ausführlichen Bericht zum Thema finden Sie in *meinem Infobrief 48/2017*.

Service und Termine

★ Link zur Streitbeilegungsplattform ist Pflicht

Online-Händler in der EU sind dazu verpflichtet, auf ihrer Website einen Link zur Online-Streitbeilegungs-Plattform bereitzustellen, mit der Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmen bei Online-Käufen schneller und kostengünstiger als vor Gericht beigelegt werden können. Laut EU-Kommission ist dieser Link nur bei etwa 28 Prozent der Websites vorhanden. Sie ruft die säumigen Händler deshalb auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen und zu zeigen, dass sie die Verbraucherrechte respektieren.

★ USA-Aufenthalt für angehende Lehrkräfte

Für 15 angehende Lehrerinnen und Lehrer aller Fächer gibt es im Schuljahr 2018/19 wieder die Chance, den Deutschunterricht an amerikanischen Schulen kennenzulernen. Während eines achtmonatigen Aufenthaltes hospitieren sie an Gastschulen, lernen dabei neue Unterrichtsmethodik und können den Schulklassen ein aktuelles Deutschlandbild vermitteln. Teaching German at US Schools ist ein Pilotprojekt des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA), dem Goethe-Institut und dem Center for International Career Development (CICD). Lehramtsstudierende und angehende Lehrkräfte können sich bis zum 22. Januar bewerben über die Website des PAD: www.kmk-pad.org/programme/teaching-german-at-us-schools.html

★ Trilateraler Wettbewerb für Jugendliche

Wer unter 21 Jahre alt ist und aus Deutschland, Frankreich oder Polen kommt, kann sich jetzt für die zweite Ausgabe des Young Europeans Award bewerben. Ihr solltet dazu eine Gruppe von mindestens sechs jungen Leuten aus den drei Ländern sein. Eingereicht werden können schulische und außerschulische Gruppenprojekte, die sich auf kreative Weise mit dem Thema „To be or not to be... a European“ beschäftigen. Ob ihr dabei lieber geografische,

kulturelle, künstlerische, journalistische, gesellschaftliche oder auch politische Aspekte des Themas behandeln möchtet, steht euch frei. Gastland ist in diesem Jahr Großbritannien. Projekte, an denen neben deutschen, französischen und polnischen auch britische Jugendliche beteiligt sind, können also auch eingereicht werden. Bewerbungsschluss ist der 1. März. Weitere Informationen unter: <http://bit.ly/1LbkwbF>

★ Jugendkarlspreis 2018: Wettbewerb geöffnet

Junge Leute zwischen 16 und 30 Jahren aus allen EU-Mitgliedstaaten können sich bis zum 29. Januar um den Europäischen Jugendkarlspreis 2018 bewerben, entweder einzeln oder – vorzugsweise – in Gruppen. Prämiert werden Projekte, die die internationale Verständigung unterstützen, die Entwicklung einer europäischen Identität und die europäische Integration fördern und Vorbilder für das Zusammenleben der Europäer als Gemeinschaft geben. Zunächst werden 28 nationale Sieger gekürt, danach bestimmt eine europäische Jury die drei besten Projekte. Für diese gibt es Geldpreise von 7.500, 5.000 und 2.500 Euro, und die Sieger werden mit einem Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel oder Straßburg belohnt. Vergeben wird der Preis vom EU-Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis. Infos unter: <http://www.europarl.europa.eu/charlemagneyouthprize/>

★ Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt

Mit dem von ARD und Freudenberg-Stiftung ausgeschriebenen CIVIS-Medienpreis, der unter der Schirmherrschaft des EU-Parlaments steht, werden gelungene Beiträge in Radio, Film, Fernsehen und Internet zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt prämiert. Zugelassen sind Berichte, Dokumentationen, Reportagen, Features, Spielhandlungen, Spielfilme und Zeichentrickfilme. Beiträge können bis 20. Januar eingereicht werden: Infos unter: <https://www.civismedia.eu/medienpreis/anmeldung-2018/>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU



Liebe Bürger und Bürgerinnen!

Das bin ich

Mein Name ist Dieter Koch.

Ich bin ein Politiker aus Deutschland.

Ich sitze für die Thüringer Bürger und Bürgerinnen im Europäischen Parlament.

Wir sind über 7 Hundert Politiker im Europäischen Parlament.

Wir kommen aus ganz Europa.

Das Land Deutschland gehört zu Europa.

Zu Europa gehören auch Italien, Ungarn, Polen, Frankreich und noch einige andere Länder.

Wir Europa-Politiker machen Gesetze für ganz Europa.

Die Gesetze sagen den Menschen, wie sie sich gut und richtig verhalten.

Jeder Europa-Politiker hat eine besondere Aufgabe.



Das ist meine Aufgabe

Ich mache Gesetze für den Verkehr.

Zum Verkehr gehört alles, was mit Autos, Schiffen, Flugzeugen oder Zügen zu tun hat.

Ich sage zum Beispiel:

Die Autos dürfen nur wenige Giftstoffe in die Umwelt pusten.

Oder: Alle Busse müssen so gebaut sein, dass Menschen mit Behinderung mitfahren können.



Das finde ich sehr wichtig

Wir Europa-Politiker machen fast jeden Monat neue Gesetze.

Ich will, dass diese Gesetze gut für alle Menschen

sind.

Also auch für Menschen mit

Behinderung und für ältere Menschen.

Ich möchte auch, dass sich junge

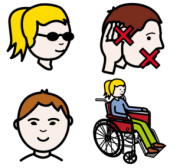
Menschen aus ganz Europa treffen.

Sie sollen sich kennenlernen und Freundschaften schließen.

Denn nur wenn sie Freunde sind, werden sie später in Frieden miteinander leben.

Das war auch der Grund, warum wir das Europäische Parlament geschaffen haben:

Wir wollen alle in Frieden miteinander leben.



Meine Informationen in Leichter Sprache

Damit viele Menschen mich verstehen, möchte ich manchmal in Leichter Sprache schreiben.

Denn auch Menschen mit Lern-Schwierigkeiten sollen von der Europa-Politik erfahren.

Ab heute werde ich deshalb einmal im Monat in Leichter Sprache schreiben.

Und zwar immer in der ersten Woche vom Monat.



Dank an die Gruppe Aufwind

Die Gruppe Aufwind ist eine Gruppe von Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Sie will meine Informationen in Leichter Sprache prüfen und mir sagen, wenn ich nicht

verständlich genug schreibe.

Liebe Gruppe Aufwind:

Vielen Dank für diese Arbeit!

